Protokoll
der 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02 Juli 2002

Beginn : **15.45 Uhr** **Ende: 20.02 Uhr**
Anwesend : **siehe Anwesenheitslisten**

Tagungsort : **Dunant-Grundschule**

TOP 1: Rundgang an den Info-Ständen der Steglitz-Zehlendorfer Schulstationen

Die Mitglieder des Ausschusses informieren sich an den Informationsständen über Schulstationen im Bezirk. Anschließend eröffnet der Vorsitzende die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2: Begrüßung durch den Schulleiter Herrn Kaufhold

Der Vors. übergibt das Wort an den Schulleiter der Dunant-Grundschule, Herrn Kaufhold.
Hr. Kaufhold berichtet über die Historie der Schule. Er informiert, dass derzeit insgesamt 550 Schüler und Schülerinnen an der Schule unterrichtet werden. Die Klassenfrequenz liege bei durchschnittlich 24 Schülern. Vier 6. Klassen wurden in diesem Jahr verabschiedet. Er stellt den Mitgliedern das Profil der Schule vor und verweist speziell auf das ausgeprägte PC-Angebot und die Schüler/innen-Zeitung.

TOP 3: Darstellung der Schulbezogenen Sozialarbeit im Bezirk

Fr. Biermann und Herr Werner (Koordinator für Schulbezogene Sozialarbeit) stellen die Entwicklung der Schulstationen im Bezirk vor. Insgesamt bestehen 12 Schulstationen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, davon 8 an Grundschulen, 2 an Schulen mit besonderer Ausrichtung und je eine an einer Haupt- und Realschule; die 13. Schulstation an der Ludwig-Bechstein-Grundschule wird im Sept. 2002 die Arbeit aufnehmen. Es werden inhaltliche Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

TOP 4: Bürgerfrageviertelstunde

Der Vors. übergibt das Wort an Herrn Schneider von Hand in Hand ambulant e.V..
Hr. Schneider berichtet von dem problematischen Entwicklungsverlauf zur Gründung einer Kita im Umfeld der Zinnowwald-Grundschule auf dem Gelände des Oskar-Helene-Heimes (Clayallee). Er verliest ein Schreiben des Liegenschaftsfonds. Die Bedarfslage des Bezirkes liegt vor. Das Landesjugendamt befürwortete die Errichtung mit 100 Plätzen. Die Kita sollte im ehem. Oskar-Helene-Heim (OHH) in einem Bereich, der kurz vor der Schließung des OHH total saniert worden war, eingerichtet werden. Verwaltet wird die Immobilie vom Berliner Liegenschaftsfonds. Nach zweimonatiger intensiver Vorbereitung teilt der Liegenschaftsfonds nunmehr schriftlich mit, dass er seine mündliche Zusage zur Vermietung der erforderlichen Flächen zurückzieht und eine Nutzung für eine Kita nicht erwünscht sei, da eine andere Planung, nämlich die Nutzung als Wissenschaftszentrum, angestrebt sei. 50 Eltern haben bereits ihr Interesse bekundet, ihre Kinder in die geplante Kita zu geben.

Der Ausschuss begrüßt das Vorhaben von Hand in Hand e.V.. Nach kurzer Erörterung ist der Ausschuss sich darüber einig, dass ein Antrag zu dieser Problematik nicht erforderlich sei, da diese sich bereits im Antrag Drs.Nr. 243/II implizit enthalten sei. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, sich der Thematik mit allen Nachdruck anzunehmen. Fr. Otto sichert dies zu und bittet Hrn. Schneider um Überlassung des Briefes des Liegenschaftsfonds.

TOP 5: Genehmigung der Tagesordnung

Der Vors. schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 18 und 19 vor dem TOP 9 zu behandeln, da Superintendent, Hr. Sommer, des Ev. Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf zeitlich nur eingeschränkt verfügbar ist. Der Ausschuss stimmt dem zu.

Fr. Berning (CDU) beantragt Rederecht für Herrn Dufour-Feronce. Dies wird einstimmig angenommen.
Der Vorschlag von Fr. Sunkel (FDP), die Redezeit aufgrund der langen Tagesordnung zu begrenzen wird von Fr. Kühn, der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden , auf zwei Minuten modifiziert. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

TOP 6: Genehmigung des Protokolls der 4. Sitzung am 04.06.2002

Das Protokoll der 4. Sitzung liegt noch nicht vor.
Da der Tagesordnungspunkt „AG Kinder- und Jugendbüro“ in der letzten Sitzung aus zeitlichen Gründen nur sehr kurz behandelt wurde, wird auf Vorschlag von Herrn Rolle (CDU) ein Bericht der AG dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

TOP 7: Geschäftliche Mitteilungen des Vorsitzenden

- Der Vorsitzende informiert zum Antragsrecht des BEA. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach dem Antragsrecht von Bürgerdeputierten. Gem. § 20 der Geschäftsordnung der BVV sind nach Auffassung des Geschäftsordnungsausschusses der BVV nur Bezirksverordnete berechtigt Anträge zu stellen. Herr Karnetzki wird sich um Klärung bemühen und den Ausschuss entsprechend informieren.
- Der Vors. erinnert an den Vorschlag der Verwaltung zur Thematik „Sozialraumorientierung“, eine Fachtagung am 13.09.02 unter Beteiligung des JHA durchführen zu wollen. Jug L informiert dazu, dass die Veranstaltung in der Ev. Fachhochschule für Sozialarbeit, Teltower Damm, stattfindet und Herr Prof. Schwabe das Hauptreferat halten wird. Einladungen gehen dem Ausschuss noch schriftlich zu.

TOP 8: Übertragung von Einrichtungen an Träger der freien Jugendhilfe (Kitas, JFE); hier: Bildung von AG‘s

a) Fr. Otto informiert auf Wunsch des Ausschusses über die auf Landesebene stattfindenden Diskussionen und Aktivitäten zur Übertragung/ Ausgliederung der Kitas auf Träger der freien Jugendhilfe und kommunale Träger. Dazu wurde die Arbeitsgruppe Maßnahmenkatalog (AG MK) und in deren Folge drei Unterarbeitsgruppen gebildet. Die AG MK ist koordinierend und federführend für die Durchführung der Arbeitsaufträge tätig. Die gegründeten drei Untergruppen sollen alternative Lösungsvorschläge zu den Themen
- Personalüberhang

- Immobilien/Sanierung und
- Strategien der Übertragung/Rahmenvereinbarung zur Sicherstellung der Träger- und Angebotsvielfalt durch Übertragungen auf den bzw. die kommunalen Träger und auf freie Träger“

erarbeiten.
Auf bezirklicher Ebene ist innerhalb der Verwaltung des Jugendamtes eine Steuerungsgruppe „Übertragung/Ausgliederung der bezirklichen Kitas“ gegründet. Diese Steuerungsgruppe hat vier Teilprojekte installiert, die sich ebenfalls mit den Themen analog der Landesebene beschäftigen. Ziel der Steuerungsgruppe sei, unter Berücksichtigung der Trägervielfalt und der Bedarfe einen entsprechenden Strukturplan zu erarbeiten. Fr. Otto sichert die regelmäßige Berichterstattung zu.

b) Der Strukturbericht zur Erfassung der Jugendarbeit im Bezirk liegt in einem 1. Entwurf vor. Der Fachbereich Jugendförderung und die Jugendhilfeplanung haben eine Übersicht zu den Angeboten der Jugendarbeit in den 4 Regionen erstellt, die eine Entscheidung hinsichtlich struktureller Veränderungen (auch im Zusammenhang mit zukünftigen Mittelkürzungen) ermöglichen soll. Es erfolgt jetzt die Auswertung der erhobenen Daten. Die Vorlage des Strukturberichtes an den JHA ist zur Sept.-Sitzung geplant.

c) Fr. Otto weist auf die Wichtigkeit, schnellstmöglich bezirkliche Unterarbeitsgruppen (UAG) des JHA zu bilden, hin. Diese UAG’s sollten ihre Arbeit baldigst aufnehmen.
Nach ausführlicher Erörterung einigen sich die Mitglieder des JHA darauf, zwei UAG‘s zu bilden: eine UAG (Kitas), die die Arbeit der Verwaltung hinsichtlich der Übertragung der Kitas auf Träger der Freien Jugendhilfe und in einen kommunalen Träger begleiten sowie eine UAG (Jugendfreizeiteinrichtungen), die den Prozeß der Organisation der bezirklichen Jugendarbeit begleitet.
Die Mitglieder des JHA berufen einstimmig wie folgt:

Mitglieder der UAG Kitas	**Mitglieder der UAG Jugendfeizeiteinrichtungen**
Je ein Mitglied der Fraktionen CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne [1]	Je ein Mitglied der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Grüne [1] FDP, Fr. Sunkel (stv. Hr. Goni)
Fr. Hübner (BD)	Hr. Gauer (BD)
Fr. Hinrichs (BD)	Fr. Schmidt-Fuchs (stv. BD)
Fr. Kindler (Berat. Mitgl.)	Hr. Ziese-Henatsch (Berat. Mitgl.)
Hr. Netzel (Berat. Mitgl.)	Fr. Zier (Berat. Mitgl.)
N.N. [2] für die AG § 78 SGB VIII – Tagesbetreuung von Kindern	Hr. Götsch für die AG § 78 SGB VIII – Kinder- und Jugendarbeit

Die konstituierenden Sitzungen der o.g. Unterarbeitsgemeinschaften werden durch den Vorsitzenden einberufen.

[1] Die Geschäftsstelle der Verwaltung des Jugendamtes wird im Auftrag des Vorsitzenden ein Schreiben an die Fraktionen übersenden mit der Bitte um Benennung eines Mitgliedes.
[2] Die Geschäftsstelle der Verwaltung des Jugendamtes wird im Auftrag des Vorsitzenden sich diesbezüglich mit der Geschäftsstelle nach § 78 SGB VIII – Tagesbetreuung von Kindern - in Verbindung setzen und die Benennung eines Mitgliedes erbitten.

TOP 9: Bericht aus der Verwaltung

0. Jugendamt – Allgemeines

0.1 Es gibt derzeit noch keine Zusammenstellung der ***Haushaltsabweichungen,*** danoch immer die vorläufige Haushaltswirtschaft besteht.

0.2 Die ***Jugendhilfekonferenz*** wird dieses Jahr nicht als zentrale Großveranstaltung, sondern in Form von 4 Regionalkonferenzen stattfinden. Ziel ist es, den Dialog auf der regionalen Ebene aufzunehmen, örtliche Bedarfe und Schwerpunkte zu ermitteln und gemeinsame Zielstellungen zu erarbeiten. Wie auch im Vorjahr mit dem Open-Space-Verfahren gibt es einen zusätzlichen methodischen Input. Gearbeitet wird mit dem Verfahren Dialogos, um einen strukturierten, freischwingenden und aufeinander bezogenen Dialog zu ermöglichen. Die genauen Termine stehen noch aus.

1. Fachbereich Jugendförderung

1.1 Das Landesschulamt hat in der 26 KW. den Entwurf der Nutzungsvereinbarung für die **Jugendeinrichtung am Immenweg** dem Jugendamt übermittelt. Nach Abschluss dieser Nutzungsvereinbarung wird die Einrichtung an das Stadtteilzentrum Steglitz e.V. übergeben. Das Stadtteilzentrum hat die Arbeit bereits aufgenommen und führt ein Ferienprogramm durch. Der eigentliche Beginn der Arbeit in der Einrichtung ist zum 15.7.2002 vorgesehen.
In diesem Zusammenhang fragt Frau Berning nach, wieweit der Vertragsabschluss mit dem NBH Schöneberg e.V. sei. Jug L teilt mit, dass ein Leistungs- und Entgeltvertrag für die Familienbildungsarbeit für die Region A zum 01.07.2002 abgeschlossen wurde.

1.2. Die Aufnahme der Kooperation zum Betrieb des **Kinderclubhauses Schütte-Lanz-Straße** zwischen dem Nachbarschaftsheim Mittelhof e.V. und dem Jugendamt ist zum 1.7.2002 erfolgt.

1.3. Die Jubiläumsfeier zum **30 jährigen Bestehen der JFE Schottenburg** gemeinsam mit dem Schottenkinder e.V. am 22.6.2002 hat großen Anklang gefunden.
Einige hundert Besucher/innen nahmen die Gelegenheit war, sich an der Vielfalt der pädagogischen und musikalischen Arbeit auf der großen Bühne und an den vielen Ständen zu beteiligen und/oder zu erfreuen. Auch weitere Kooperationspartner, wie das Nachbarschaftsheim Mittelhof e.V. , das Nachbarschaftsheim Wannseebahn e.V. und der A.K.U.T. e.V. haben zum Gelingen beigetragen. Höhepunkt war der große Auftritt aller Schottenkinder unter gemeinsamer Leitung des Gründers Gerhard Boß (bekannt als ”Bossi”) und des jetzigen Leiters des Jugendfreizeitheimes, Michael Böhme.

1.4. Die Leistungs- und Entgeltvereinbarung mit der Deutschen Schreberjugend e.V. – Landesverband Berlin – zum Betrieb der **Naturpädagogischen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Sonnenhauses** gem. JHA-Beschluss ist abgeschlossen.

2. Fachbereich Kindertagesbetreuung

2.1 Die **AG nach § 78 SGB VIII** für den Bereich Tagesbetreuung von Kindern hat sich am 01.07.2002 getroffen und u.a. die Auswirkungen der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Kürzungen des Personalschlüssels auf die Kitas aller Träger beraten. Sie wird diese Auswirkungen in Einzelbeispielen dokumentieren und die Dokumentation u.a. dem Jugendhilfeausschuss zuleiten.

2.2 Während des **Warnstreiks** der bezirklichen Kindertagesstätten am 20.06.02 waren

17 Kitas ganz geschlossen, 8 Kitas waren geschlossen, boten aber einen Notdienst an, 24 Kitas waren regulär geöffnet.

3. Fachbereich Psychosoziale Dienste

3.1. Durch die anhaltende **Personalbesetzungssperre** nimmt der Umfang der Wartelisten für Beratungsgespräche in den beiden Regionalteams des Erziehungs- und Familienberatungszentrum rapide zu. Eine ausreichende Versorgung ist dadurch nicht mehr gewährleistet.

4. Fachbereich Familienunterstützende Hilfen

4.1. Die **Personalbesetzungssperre** verhindert auch hier, dass eine ordnungsgemäße Versorgung der Kinder- und Jugendlichen im Bezirk noch gewährleistet werden kann.

TOP 18: Zukünftige Förderung des Kinder- und Jugendhauses am Buschgraben; hier Stellungnahme des Ev. Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf

Der Vors. gibt den Mitgliedern des Ausschusses ein Schreiben des Ev. Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf, worin der Beschluss der Kreiskirchenratssitzung mitgeteilt wird, zur Kenntnis. Der Superintendent, Hr. Sommer, erläutert die Haltung des Kreiskirchenrates und die Bedingungen unter welchen dieser die Jugendfreizeiteinrichtung Am Buschgraben betreiben würde. Der Ev. Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf ist bereit, für die Jugendarbeit das Gebäude sowie 50 % der Arbeitszeit des Mitarbeiters Hrn. Goetsch zur Verfügung zu stellen, wenn 50 % der Personalmittel sowie die im Schreiben angeführten sonstigen Kosten – die mit dem Jugendamt auszuhandeln wären – übernommen würden. Fr. Biermann informiert dazu, dass die Bezuschussung für den JAB e.V. für 2002 durch den JHA beschlossen sei, allerdings bei Vertragsänderung zwischen Kirchenkreis und JAB e.V. die Finanzierung einer halben Stelle ab 01.10.2002 aus diesen Zuschüssen möglich sei.
Der Ausschuss begrüßt einhellig, den Beschluss des Kirchenkreises zum Jugendhaus am Buschgraben.

TOP 19: Jugendhaus am Buschgraben e.V. (Drs.Nr. 286)

Nach Erörterung wird der Antrag von der CDU-Fraktion geändert und folgender Satz vorangestellt:

Die SPD-Fraktion stellt den folgenden Änderungsantrag, der nach Intervention der CDU-Fraktion nicht als Änderungsantrag, sondern als eigener Antrag behandelt wird:

„Das Bezirksamt wird ersucht, für die Förderung des Jugendhauses am Buschgraben mit folgender Maßgabe eines Leistungs- und Entgeltvereinbarung abzuschließen:

1. Der Träger wird alles ihm Mögliche tun, um den derzeitig desolaten baulichen Zustand in und am Gebäude zu beseitigen und die Räume in einen gepflegten Zustand zu versetzen.

2. Die Öffnungszeiten und ie Durchführung der Freizeitangebote werden sichergestellt.

3. Die finanzielle Beteiligung des Evangelischen Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf am Betrieb der Einrichtung wird verbindlich vereinbart."

Hr. Plappert (Bündnis 90/Grüne) verliest folgenden neuen Antrag:

„Der Jugendhilfeausschuss begrüßt den vorliegenden Beschluss des Ev. Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf. Der JHA ersucht das Jugendamt umgehend mit dem Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf einen Leistungs- und Entgeltvertrag für das Jugendhaus am Buschgraben abzuschließen."
Der Antrag der CDU-Fraktion (die geänderte Durcksache Nr. 286) wird mit 7 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen abgelehnt.
Dem Antrag von Herrn Plappert wird mit 8 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen ohne Gegenstimmen zugestimmt.
Der Antrag der SPD-Fraktion wird zurückgezogen.

TOP 10: Qualitätssicherung im Kita-Bereich (Drs.Nr. 201/II)

Fr. Sunkel (FDP) begründet den Antrag. Fr. Otto weist darauf hin, dass der Antrag, da der Haushalt bereits beschlossen ist, erledigt sei. Fr. Biermann weist darauf hin, dass sie in der Verantwortung steht, sich gesetzeskonform zu verhalten und das Haushaltsstrukturgesetz zu beachten. Sie könne den Antrag in der vorliegenden Form nicht entsprechen.
Der Antrag wird nach Diskussion wie folgt geändert:
„Das Bezirksamt wird ersucht, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass in den Kitas die Kürzung des Zeitanteils für die Wahrnehmung von Leitungstätigkeiten zurückgenommen wird, damit die volle Funktionsfähigkeit auch von Tageseinrichtungen mit geringer Platzzahl gewährleistet wird.
Begründung:
Es ist davon auszugehen, dass die Kürzungen im Leitungsbereich von Kindertagesstätten..... (weiter im ursprünglichen Text des Antrags).

In o.g. geänderter Fassung wird der Antrag einstimmig angenommen.

11: Einschulung von Vorschulkindern (Drs.Nr. 125/II)

Fr. Dr. Schwartz-Bickenbach, Leiterin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, informiert ausführlich über die Bedingungen der Einschulungsuntersuchungen und den damit verbundenen Integrationshilfen. Sie teilt mit, dass Rückstellungen eher die Ausnahmen sind. Es erfolgt eine Differenzierung des Besuches von Vorschulgruppen in Kitas und Vorklassen in Schulen. Die Mitglieder diskutieren ausführlich Vor- und Nachteile aus ihren Erfahrungen heraus.
Die SPD-Fraktion stimmt auf Bitten von Mitgliedern zu, ihren Antrag zurückzustellen und noch einmal zu überdenken.

TOP 12: Wettbewerb zum Thema „Zu Hause in der Welt, miteinander leben, einander verstehen" (Drs.Nr. 190/II)

Unter Hinweis auf die Federführung des JHA und der noch ausstehenden Mitberatung des Ausschusses Bildung und Kultur schlägt der Vorsitzende die Vertagung vor.

Fr. Berning stellt für die CDU-Fraktion den folgenden Änderungsantrag und bittet den Antrag doch in dieser Sitzung zu beraten:

„Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:
Das Bezirksamt wird ersucht, die Durchführung eines ressortübergreifenden, bezirklichen Wettbewerbs zum Thema gegen Extremismus für Toleranz unter dem Motto „Zu Hause in der Welt, miteinander leben, einander verstehen“ zu prüfen.
Hierbei sollte der BVV ein Konzept zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Begründung:
Das Eintreten gegen Gewalt fängt im Kleinen an, zu Hause, in der Kindertagesstätte, in der Schule und im Jugendzentrum. Daher sollten sich Kitakinder, Schüler und Jugendliche zu den Themen Toleranz und friedliches Zusammenleben äußern sowie Lösungen für ein friedliches Miteinander beschreiben. Zur Finanzierung dieses Projektes sollen vorwiegend Sponsoren gefunden werden.“

Der Antrag wird einstimmig beschlossen vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Bildung und Kultur. Er entspricht damit einem entsprechenden Verfahrensvorschlag von Herrn Plappert (Bündnis 90/Grüne).

TOP 13: Ersatzgrundstück für die Jugenderholung auf Schwanenwerder (Drs.Nr. 192/II)

Fr. Otto bestätigt die Zusage der Senatsverwaltung für Finanzen, dass das Grundstück auf Schwanenwerder weiterhin als Zeltplatz für die Jugendarbeit genutzt werden kann, bis ein geeignetes Ersatzgrundstück zur Verfügung gestellt werden kann.
Hr. Hahn schildert die Gründe, die zur Ablehnung eines Ersatzgrundstückes am Siethener See geführt haben. Hierbei handelte es sich um ein mit mehreren Ferienhäusern bebautes Grundstück. Der Betrieb einer solchen Einrichtung durch die Verwaltung ist nicht leistbar. Die Übertragung an Träger der freien Jugendhilfe wurde von dem befragten Träger aufgrund einer Wirtschaftlichkeitsberechnung abgelehnt. Von der Übernahme wurde daher abgesehen.

Der Antrag wird bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

TOP 14: Zahl der Pflegefamilien erhöhen! (Drs.Nr. 203)

Fr. Sunkel (FDP) begründet den Antrag.
Hr. Flemming, Fachbereichsleiter für Familienunterstützende Hilfen, verteilt eine entsprechende Vorlage, aus der der Bestand an Pflegestellen sowie die Anzahl der stationären Hilfen erkennbar sind, und erläutert diese. Im Bezirk befinden sich 217 Pflegestellen. Davon sind 59 mit Pflegekindern aus dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf belegt. Die restlichen 158 Pflegestellen sind mit Kindern und Jugendlichen aus anderen Bezirken belegt. Hr. Flemming und Fr. Biermann stellen dem Ausschuss deutlich dar, dass ein Bedarf an Pflegestellen für Kinder aus dem Bezirk nicht besteht. Hr. Flemming teilt dem Ausschuss den Stand der Übertragung der Aufgaben des Pflegekinderbereiches an Träger der freien Jugendhilfe dar. Er beantwortet Fragen, die aus dem Ausschuss gestellt werden.
Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

TOP 16: Streichungen bzw. Veränderungen im Bereich der Kindertages-einrichtungen (Drs.Nr. 243/II)

Der Vors. schlägt folgende Änderungsformulierung vor:
Das Bezirksamt wird aufgefordert, alles in seinen Kräften stehende zu tun, dass die Streichungen bzw. Veränderungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen rückgängig gemacht werden. (Weiter im ursprünglichen Text)
Gegen diese Änderung gibt es keine Einwände.

Die Streichung des 4. Spiegelstrichs (Antrag von Fr. Sunkel, FDP) wird mit 5 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der geänderte Antrag wird mit 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

TOP 15, 17, 20 – 22 werden vertagt.

TOP 23: Verschiedenes

Keine Wortmeldung

Vorsitzender :	BV Karnetzki
Schriftführerin :	BV Fr. Röttger
Protokoll :	Fr. Preuß

Bezirksamt Steglitz von Berlin
05. JUL 2002
V. ...ungsstelle

Berlin, den 11. Juni 2002

Kinder- und Jugendbüro Steglitz - Zehlendorf

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin
05. JULI 2002
Jugendamt

Der Stand der Dinge .....

Im Nachgang zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.06.02, die aufgrund des Zeit- und Themendrucks den Bericht der AG-KiJuB und die anstehende Beschlussfassung stark verkürzen musste, sei an dieser Stelle der Stand der Dinge für alle Beteiligten und Interessierten kurz resümiert und damit ein möglichst gleicher Informationsstand hergestellt.

Anlässlich der letzten Sitzung der AG-KiJuB des JHA am 13.05.02 bestätigten die Teilnehmer Herrn Wilczek noch einmal formal in seiner Leitungsfunktion der Arbeitsgruppe.
Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf nun anstehenden operativen Aufgaben und Ziele. Es wurde nochmals hervorgehoben, dass in der Beschlussfassung durch den JHA, die für das Kinder- und Jugendbüro als personale Mindestausstattung benötigte Stellenzahl von zwei Vollzeitstellen, festzuschreiben sei, um ein aufgabengerechtes agieren des KiJuB zu ermöglichen. Demgemäss wurde auch die für den JHA am 04.06.02 benötigte Beschlussvorlage abgestimmt.

Als ein weiterer wesentlicher Schritt in Richtung auf die konkrete Umsetzung des KiJuB-Konzeptes wurde die Gründung des Trägervereins betrachtet; diese Gründung sollte alsbald ins Werk gesetzt werden, um Handlungsfähigkeit zu gewinnen und Zuständigkeiten zu klären.
So geschehen am 23.05.02 in der Paulus-Gemeinde zu Zehlendorf, in der sich gegen 19.oo Uhr zahlreiche zukünftige Vereinsmitglieder zur Gründungsversammlung zusammenfanden.
„Kinder- und Jugendbüro Steglitz-Zehlendorf" (später mit dem Zusatz e.V.) nennt sich der gemeinnützige Verein, dessen Satzung an diesem Abend errichtet wurde.
Neben natürlichen Personen traten auch juristische Personen dem neuen Verein bei. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Nachbarschaftshaus Wannseebahn e.V., Bezirksjugendring e.V. (i.G.), den Kinderring Berlin e.V. und eviga e.V./CoCuS.
Zu gleichberechtigten Vereinsvorständen berief die Versammlung Holger Hofmann, Gerhard Richter und Olaf Schulze.
Somit war dem Wunsch der AG-KiJuB entsprochen und auch für alle zukünftigen Kooperationspartner, Interessenten und die zuständigen Abteilungen der Verwaltung ein konkretes Gegenüber geschaffen.

Im Rahmen der Bemühungen der Vereinsmitglieder zum organisatorischen Aufbau und zur Finanzierung des Kinder- und Jugendbüros beizutragen, wurde bereits per 31.05.02 eine Beantragung von Fördermitteln aus Geldern des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. auf den Weg gebracht, die dazu dienen soll, die Möglichkeit des KiJuB sicherzustellen. Soll heißen: die für die Nutzung des durch das BA Steglitz-Zehlendorf zugesagten Fahrzeuges benötigten Gelder, für Versicherung, KFZ-Steuer etc. wurden für die zweite Jahreshälfte 2002 beantragt und mit einer Entscheidung wird innerhalb von fünf Wochen zu rechnen sein.

Über die ebenfalls für das KiJuB beantragte Arbeitsfördermaßnahme mit insgesamt fünf Stellen ist von Seiten der Arbeitsverwaltung noch nicht entschieden worden, obwohl durch SPI signalisiert wurde, dass die zur Co-Finanzierung notwendigen Landesmittel in ausreichender Größenordnung zur Verfügung stünden. An dieser Stelle muss noch einmal nachgearbeitet werden, auch unter Einbezug des BBB und der in der Selbstverwaltung des Arbeitsamtes Südwest Platz und Stimme habenden Bezirksstadträte.

Durch die Beschlussfassung des JHA am 04.06.02 sind nun die Weichen gestellt, um das Projekt „KiJuB" auf die operative Ebene und in die Phase der konkreten Realisierung zu bringen und wie die Dinge nun mal stehen, gilt es keine Zeit zu verlieren, denn die erste praktische Aufgabe für das „KiJuB" steht ins Haus: Unterstützung der Aktion U18 , die Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bietet, Demokratie einzuüben.

Ich hoffe Ihnen mit diese Angaben dienlich gewesen zu sein und verbleibe

mit freundlichen Grüßen